

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschussdienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuss

16. WP - 96. Sitzung

am Mittwoch, dem 20. Mai 2009, 9:00 Uhr
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Hans-Jörn Arp (CDU)	Vorsitzender
Johannes Callsen (CDU)	
Jürgen Feddersen (CDU)	
Karsten Jasper (CDU)	
Anette Langner (SPD)	
Regina Poersch (SPD)	
Olaf Schulze (SPD)	
Dr. Heiner Garg (FDP)	
Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	

Weitere Abgeordnete

Lars Harms (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Thomas Stritzl (CDU)
Bernd Schröder (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Informationen zur Umsetzung des Konjunkturpakets II durch die GMSH	4
hierzu: Umdruck 16/4304	
2. Bauliche Maßnahmen zur Herstellung von Barrierefreiheit im Rahmen des Konjunkturpakets	8
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/2635	
3. Investitionserleichterungsprogramm zur Stärkung der kleinen und mittelständischen Unternehmen in Schleswig-Holstein	9
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/2634	
4. Durchgehende AKN-Anbindung des Kreises Segeberg an den Hamburger Hauptbahnhof	10
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/2636	
5. Bildung einer grenzüberschreitenden Arbeitsgruppe zum Ausbau der Infrastruktur im deutsch-dänischen Grenzland	11
Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 16/2379	
6. Verschiedenes	13

Der Vorsitzende, Abg. Arp, eröffnet die Sitzung um 9 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Informationen zur Umsetzung des Konjunkturpakets II durch die GMSH

hierzu: Umdruck 16/4304

Der Geschäftsführer der GMSH, Herr Harms, berichtet im Rahmen eines PowerPoint-Vortrags über die Umsetzung des Konjunkturprogramms II durch die GMSH. Ein Handout liegt mit dem Umdruck 16/4304 vor.

Stichpunktartig führt Herr Harms aus, nach Beschlussfassungen durch das Landeskabinett Ende Februar 2009 und dem Landtagsbeschluss vom 25. März 2009 gebe es nach einem vierteljährlichen Abstimmungsprozess im Mai 2009 einen bestätigten Bedarf für das Konjunkturprogramm II in Höhe von insgesamt 76,5 Millionen € Bauvolumen. Hiervon erfasst seien 30 Baumaßnahmen, davon 22 große Baumaßnahmen (Bauvolumen circa 73 Millionen €) und acht kleine Baumaßnahmen (Bauvolumen circa 3,5 Millionen €). Die Bauaufträge könnten wohl im Herbst 2009 nach Abschluss der Vorplanungen erteilt werden, im Sommer gegebenenfalls auch schon Bauaufträge für kleinere Maßnahmen. Bis Ende 2011 würden die Maßnahmen abgerechnet werden. Ohne ein hohes Maß an Verbindlichkeit - so betont Herr Harms - werde es nicht möglich sein, das Zeitziel zu erreichen. Den Abstimmungsprozess mit den Nutzern und dem Finanzministerium würde die GMSH gern verkürzen, um verbindliche Genehmigungen zu erreichen. Die termingerechte Mittelzuweisung zu Beginn des Jahres 2010 sei unbedingt sicherzustellen. Als Projektsteuerer bediene sich die GMSH externer Büros, die GMSH habe aber auch eigene Kräfte dafür eingesetzt. Man denke auch an größere Vergabepakete, um die Maßnahmen zeitgerecht umsetzen zu können.

In der Aussprache stellt Abg. Feddersen zunächst die Aussage von Herrn Harms infrage, die Projekte könnten bis 2011 abgerechnet werden. Dies könne er, Abg. Feddersen, sich nach allen seinen Erfahrungen nicht vorstellen. - Herr Harms widerspricht dieser Meinung und betont, dass er die Einhaltung des Abrechnungstermins Ende 2011 sehr wohl für möglich halte.

Der Vorsitzende, Abg. Arp, zeigt sich verwundert darüber, dass die GMSH im April 2009 das Go für die Programmabwicklung erhalten habe, aber überwiegend erst in 2010, also nicht mehr in 2009, mit den Auftragserteilungen beginnen würde. Das Konjunkturprogramm habe

doch sofort greifen sollen. - Herr Harms unterstreicht, die GMSH habe seit Dezember 2008 auf die notwendigen Vorbereitungen zur Abwicklung des Programms mit Blick auf die Planungsvorläufe hingewiesen. Aus Sicht der GMSH sei das Ziel des Konjunkturpakets II jedoch erreichbar.

Abg. Dr. Garg erklärt, wenn das stimme, was Herr Harms gesagt habe - er wolle dies auch keineswegs in Abrede stellen -, dann stimmten einfach die Rahmenbedingungen nicht. Die FDP habe bereits im November 2008 auf die Notwendigkeit eines solchen Investitionsprogramms hingewiesen. Seine letzte Hoffnung sei nun allerdings, dass die Maßnahmen auf kommunaler Ebene zügiger vorangingen. Sinn und Zweck des Konjunkturpakets sei ja gewesen, mitten in der Krise ein solches Investitionsprogramm wirken zu lassen. Von St'in Wiedemann möchte er wissen, ob das Wirtschaftsministerium Erkenntnisse darüber habe, dass kommunale Projekte deutlich schneller in Angriff genommen werden könnten, dass man also im Sommer 2009 auf kommunaler Ebene überall „Spatenstiche“ erleben dürfe. - St'in Wiedemann erläutert, der Anteil der Mittel, der direkt durch das Land zu vergeben sei, sei ein relativ kleiner Anteil. Der Löwenanteil gehe an die Kommunen. Dort seien die Maßnahmen auch nicht so umfangreich wie im Bereich des Landes. Deshalb sei sie zuversichtlich, dass es auf kommunaler Ebene schneller gehen werde und die von Abg. Dr. Garg angesprochenen Spatenstiche zur rechten Zeit stattfinden könnten. Nach Informationen ihres Hauses hätten die Kommunen jedoch Probleme mit der erleichterten Vergabe. Deshalb habe man gegenüber den Kommunen noch einmal darauf gedrängt, dass sie zum Beispiel bei Schulbaumaßnahmen und im Bereich der energetischen Maßnahmen beherzter zugegriffen. Beim Straßenbau vergebe das Land die Aufträge, und der kommunale Straßenbau, der sich im Wesentlichen im Wegebau manifestiere, laufe auch.

Abg. Dr. Garg fragt nach, ob es im Wirtschaftsministerium Anzeichen dafür gebe, dass es im Sommer 2009 flächendeckend zur Umsetzung der meisten Projekte kommen könne, die auf kommunaler Seite geplant seien. - St'in Wiedemann erklärt, das Wirtschaftsministerium habe diesbezüglich keine Erkenntnisse.

Abg. Langner verdeutlicht das Problem, dass von den Kommunen viele Projekte beantragt worden seien, diese aber noch keine Bewilligung erfahren hätten. Am vergangenen Freitag sei dem Innenministerium die Projektliste der Kreise zugeleitet worden. Innenministerium und Bildungsministerium müssten nun aus diesen Listen die konkreten Projekte im Einzelfall bewilligen. Der Vorlauf bei den Kommunen werde sich ihrer Meinung nach sicherlich schneller gestalten, aber dennoch bestehe auch bei ihr, Abg. Langner, die Befürchtung, dass es nicht vor Sommer 2009 zu Auftragserteilungen für Investitionsmaßnahmen in den Schulen und Kindergärten kommen werde. Sie schlägt vor, in der nächsten Sitzung des Ausschusses einmal von

Vertretern des Innenministeriums und des Bildungsministeriums zu hören, wie der Genehmigungsstand im Bereich der Kommunen sei. Sodann möchte sie wissen, in welcher Größenordnung sich die kleineren Maßnahmen bewegten, die nach Aussagen von Herrn Harms im Herbst in Auftrag gegeben werden könnten. Auch würde sie interessieren, ob man bei größeren Maßnahmen nicht kleinere Abschnitte quasi herausschneiden könne, um so schneller voranzukommen.

Herr Harms erwidert, dass das Separieren von Kleinaufträgen durchaus möglich sei, und dies geschehe auch. Über das Volumen der sogenannten kleineren Maßnahmen fehle der GMSH der Gesamtüberblick. Man habe noch nicht sämtliche Abstimmungen mit den Nutzern treffen können, und es lägen auch noch nicht alle Planungsunterlagen vor. Was man seitens der GMSH hier abschätzen könne, liege zwischen 20 und 30 % dessen, was in diesem Jahr ausgabewirksam werden könne.

Abg. Feddersen hält seine eingangs geäußerte Kritik aufrecht; auch halte er das Herausnehmen von kleineren Investitionsmaßnahmen für schwierig. In den Kommunen laufe der Prozess aber sicherlich schneller.

Abg. Poersch nimmt Bezug auf die Aussage von Herrn Harms, im Mai 2009 werde der verbindliche Planungsauftrag ergehen. Sie interessiert, ob die GMSH dann wieder bei null mit der Planung anfangen werde. - Herr Harms erklärt, dass die GMSH den „Startschuss“ für eine Maßnahme erst dann geben könne, wenn sie dazu legitimiert worden sei. Wenn er von Mai gesprochen habe, so sei das eine Hoffnung, weil der Zeitplan für die Umsetzung sonst noch lastiger werde. Die GMSH habe durch ihre Leistungen eine Vorleistung erbracht; man habe keine eigenen Planungen in den Schubladen. Die GMSH befinde sich hier auch keineswegs in einer Konkurrenzsituation zu Architekten- und Ingenieurbüros.

Abg. Callsen spricht vor allem die Einschaltung privater Architekten- und Ingenieurbüros zur Beschleunigung des Verfahrens in Vorbereitung der Umsetzungsmaßnahmen an. Im Wirtschaftsplan der GMSH finde er keine signifikante Steigerung des Ansatzes für private Büros. Er möchte von Herrn Harms wissen, ob die GMSH den Einsatz von freien Büros hier für erforderlich halte beziehungsweise diesen eingeplant habe. - Herr Harms führt aus, dass die GMSH keinen Wirtschaftsplan habe, wie das die Parlamentarier vielleicht in anderen Bereichen gewohnt seien. Der Honorartitel werde im Einzelplan 12 durch das Finanzministerium dotiert. Er wiederholt, dass nach dem Kabinetts- und dem Landtagsbeschluss Ende März 2009 der von ihm beschriebene Vorlauf und die notwendigen Abstimmungen erforderlich gewesen seien, und diese Zeit fehle nun einmal. Die Honorare für private Büros seien in den genannten Bauvolumina enthalten. Hier handele es sich um Gesamtpakete. Die externen Büros - so Herr

Harms weiter auf eine Frage von Abg. Dr. Garg - würden nach Referenzen und nach ausgewiesenen Erfahrungen ausgesucht. Man habe zum Beispiel auf den UK S-H-Baustellen leistungsfähige Büros testen können.

Abschließend greift der Ausschuss einmütig die Anregung von Abg. Langner auf, sich noch einmal in einer weiteren Sitzung über den Stand der Umsetzung des Konjunkturpakets berichten zu lassen. Hierzu sollen das Innenministerium, das Bildungsministerium und der Gemeindetag eingeladen werden.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Bauliche Maßnahmen zur Herstellung von Barrierefreiheit im Rahmen
des Konjunkturpakets**

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 16/2635

(überwiesen am 8. Mai 2009 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Sozialaus-
schuss)

Nachdem der Landtag den Antrag Drucksache 16/2635 bereits in seiner Plenarsitzung am 8. Mai 2009 angenommen hat, setzt der Ausschuss die Behandlung dieses Punktes von der Tagesordnung ab.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Investitionserleichterungsprogramm zur Stärkung der kleinen und mittelständischen Unternehmen in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2634

(überwiesen am 7. Mai 2009)

Abg. Dr. Garg begründet kurz den Antrag seiner Fraktion und spricht sich nachdrücklich dafür aus, die Vorlage so zügig zu beraten, dass dem Landtag in der Juni-Tagung eine Beschlussempfehlung vorgelegt werden könne. - Abg. Callsen bemerkt, Ziel seiner Fraktion sei ebenfalls die Stärkung der mittelständischen Unternehmen in der Wirtschaftskrise. Nachdem die Ergebnisse der jüngsten Steuerschätzung vorlägen, sehe man jedoch keinen Raum für ein weiteres Konjunkturprogramm. Nichtsdestotrotz sei man im Gespräch über konkrete Maßnahmen zur Hilfestellung für mittelständische Unternehmen. Er schlägt vor, die Zeit bis zur nächsten Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 10. Juni dazu zu nutzen, einen interfraktionell getragenen Antrag zu erarbeiten, der dann im Juni-Plenum seine Verabschiedung erfahren könne. - Diesem Verfahrensvorschlag von Abg. Callsen schließt sich der Ausschuss einstimmig an.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Durchgehende AKN-Anbindung des Kreises Segeberg an den Hamburger Hauptbahnhof

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2636

(überwiesen am 7. Mai 2009)

Auf Anregung von Abg. Dr. Garg beschließt der Ausschuss eine Anhörung zu dem Antrag Drucksache 16/2636. - Einvernehmlich legen die Ausschussmitglieder als Kreis der Anzuhörenden fest: AKN, Freie und Hansestadt Hamburg, Deutsche Bahn AG, PRO BAHN und die Landräte der Kreise Segeberg und Pinneberg.

Als Termin für die Anhörung strebt der Ausschuss den 10. Juni 2009 an.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Bildung einer grenzüberschreitenden Arbeitsgruppe zum Ausbau der Infrastruktur im deutsch-dänischen Grenzland

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/2379

(überwiesen am 28. Januar 2009)

Abg. Harms nimmt auf die im Wirtschaftsausschuss bereits geführte Grundsatzdiskussion zu diesem Thema Bezug und stellt noch einmal fest, dass sowohl seitens der IHK Flensburg als auch des Entwicklungsrats Syddanmark eine institutionalisierte grenzüberschreitende Zusammenarbeit in einer Kommission gewünscht werde. Dänischerseits stelle man Analysen dazu an, wie eine verkehrsmäßige Durchbindung der Region Syddanmark entlang der Westküste in den Bereich Schleswig-Holstein und darüber hinaus mittelfristig realisiert werden könne. An dieser Analyse seien aber nur die dänischen Partner beteiligt. Eine institutionalisierte Zusammenarbeit zum Ausbau der Infrastruktur im deutsch-dänischen Grenzland gebe es zwischen Dänemark und Deutschland nur zur festen Fehmarnbelt-Querung.

Abg. Callsen hält auch unter Bezugnahme auf die jüngst im Wirtschaftsausschuss hierzu erarbeitete Beschlussempfehlung an den Landtag fest, dass es auch nach den Ergebnissen der Dänemarkreise des Ministerpräsidenten in Begleitung des neuen Wirtschaftsministers Ende Mai kein Interesse seitens der dänischen Regierung und der Bundesregierung an einer zusätzlichen Arbeitsgruppe gegeben habe. Vielmehr habe man sich darauf verständigt, die Kontakte interministeriell zu intensivieren, zu organisieren und sich über grenzüberschreitende Verkehrsprojekte abzustimmen.

Abg. Langner unterstreicht, wenn sich zwei nationale Regierungen über ein Verfahren der Zusammenarbeit einig seien, könne man doch sicherlich nicht sagen, dass nicht gehandelt werde. Die Einsetzung einer Arbeitsgruppe bedeute ja auch nicht zwangsläufig, dass konkret gehandelt werde.

St'in Wiedemann schließt sich dieser Meinung von Abg. Langner an und erklärt, dass es ganz sicher nicht so sei, dass nichts passiere. Auf Arbeitsebene arbeite man eng mit Dänemark zusammen. Die schleswig-holsteinische Landesregierung unterstütze auch den Wunsch Dänemarks, im Bereich der Westküste mittelfristig eine Durchbindung der Schienen- und Straßenwege aus Richtung Süden bis Esbjerg zu haben. Regional geschehe hier eine Menge, und

Kontakte in die Region und nach Kopenhagen hin gebe es. Auch die schleswig-holsteinische Landesregierung sei gegen die Einrichtung einer Arbeitsgruppe oder einer Kommission als Trägerin einer formalisierten Zusammenarbeit.

Mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schlägt der Wirtschaftsausschuss dem Landtag vor, den Antrag Drucksache 16/2379 abzulehnen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Matthiessen beantragt für die nächste Sitzung des Ausschusses am 10. Juni 2009 die Behandlung des Tagesordnungspunktes „Umfassende verbindliche Mindestlohnregelung“, Drucksache 16/1565.

Der Vorsitzende, Abg. Arp, schließt die Sitzung um 10:10 Uhr.

gez. Hans-Jörn Arp

Vorsitzender

gez. Manfred Neil

Geschäfts- und Protokollführer